FRAGEN UND ANTWORTEN ZUR REFORM DER LEBENSVERSICHERUNG

FAQ zum Lebensversicherungsreformgesetz (LVRG)

Die Bundesregierung hat einen Entwurf für ein Lebensversicherungsreformgesetz (LVRG) vorgelegt, das die Leistungen für Versicherte stabil und fair absichern soll. Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) beantwortet die wichtigsten Fragen zu den einzelnen Aspekten des Gesetzentwurfs und zum notwendigen Systemwechsel in der Lebensversicherung.

I. Änderungen bei den Bewertungsreserven

Was ist die aktuelle Rechtslage?

Das Bundesverfassungsgericht war 2005 der Auffassung, dass ausscheidende Versicherungsnehmer einen Anspruch auf Teilhabe an den Vermögenswerten erhalten sollen, die durch ihre Prämienzahlungen geschaffen wurden, jedoch im kollektiven Kapitaltopf verbleiben. Danach müssen seit 2008 ausscheidende Versicherungsnehmer zu 50 Prozent an den Bewertungsreserven beteiligt werden. Diese Beteiligung gilt für alle Anlageformen. Schon heute kann die Zuteilung unterbleiben, wenn das Versicherungsunternehmen nicht über das aufsichtsrechtlich gebotene Eigenkapital verfügt.

Warum herrscht Handlungsbedarf?

Zwei Entwicklungen setzen die Lebensversicherer unter Druck: die Niedrigzinsphase und das neue Aufsichtsregime Solvency II. Die Niedrigzinsphase bewirkt, dass die Kapitalerträge der Versicherer sinken und ein Augenmerk auf die dauerhafte Erfüllbarkeit der Zinsgarantien gelegt wird. Dementsprechend besteht ein höherer Sicherungsbedarf. Gleichzeitig lässt der niedrige Marktzins bei festverzinslichen Wertpapieren erhebliche Bewertungsreserven entstehen.

Solvency II, das Anfang 2016 in Kraft treten wird, schreibt sowohl bei den Risiken als auch der Kapitalanlage marktkonforme Bewertungsverfahren vor und stellt höhere Eigenkapitalanforderungen an die Versicherer. In einem Stressszenario der Deutschen Bundesbank würden bis 2023 mehr als ein Drittel der deutschen Lebensversicherer die regulatorischen Eigenmittelanforderungen in einem langanhaltenden Niedrigzinsumfeld nicht mehr erfüllen.

Warum entstehen derzeit Bewertungsreserven?

Bewertungsreserven sind nicht realisierte (Kurs-)Gewinne. Diese Kursgewinne entstehen bei festverzinslichen Wertpapieren, wenn der Markt bereit ist, für sie mehr als den Nominalwert zu bezahlen. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn eine Anleihe in einem Hochzinsumfeld gekauft wurde und heute noch hohe jährliche Ausschüttungen liefert. Dieser gegenüber dem Niedrigzinsumfeld und daraus resultierende niedrigen Zinserträgen höhere Ertrag führt zu einem höheren Verkaufspreis. Bei den Bewertungsreserven von festverzinslichen Wertpapieren gibt es jedoch eine Besonderheit: Werden Anleihen bis zur Endfälligkeit gehalten, lösen sich etwaig zwischenzeitlich entstandene Bewertungsreserven auf und der Anleihegläubiger erhält nur den Nominalwert zurück.

Was sind die Pläne der Bundesregierung bezüglich der Bewertungsreserven?

Der aktuelle Entwurf des Lebensversicherungsreformgesetzes sieht vor, dass die Beteiligungen an den Bewertungsreserven für ausscheidende Versicherte eingeschränkt werden können, um Garantiezusagen für die verbleibenden Versicherten zu erfüllen. Eine Beteiligung erfolgt nur für den Teil der Reserven, der die ermittelte Finanzierungslücke übersteigt. Besteht kein Sicherungsbedarf, findet keine Begrenzung statt. Spiegelbildlich dazu sollen auch die Aktionäre der Lebensversicherer auf Ausschüttungen verzichten.

Wie steht der vzbv zu den Plänen, die Beteiligung an den Bewertungsreserven zu begrenzen?

Die Bewertungsreserven sind ein wichtiger Baustein, um ausscheidende Versicherte an den Vermögenswerten zu beteiligen, die mit ihren Beiträgen geschaffen wurden. Der Handlungsdruck ergibt sich aber nur daraus, dass das Geld für die Beteiligung an den Bewertungsreserven aus wichtigen Sicherheitspuffern kommt. Die Maßnahme allein würde dazu führen, dass der Eigenkapitalgeber nicht zusätzlich belastet wird, dafür aber die Rendite für den einzelnen Versicherungsnehmer sinkt. Der gleichzeitige Verzicht auf eine Gewinnausschüttung an die Aktionäre, solange der Sicherungsbedarf des Unternehmens nicht gedeckt ist, ist daher ein Punkt von zentraler Bedeutung. Durch ihn ist gesichert, dass ausscheidende Versicherte und Eigentümer des Versicherungsunternehmens in gleicher Weise zur Sicherung der Garantien der verbleibenden Versicherten beitragen. Er darf daher im laufenden Gesetzgebungsprozess in keinem Fall aufgeweicht werden. Mittelfristig muss aber ein neues System der Beteiligung an den Bewertungsreserven geschaffen werden.

Wie kann ein Systemwechsel bei der Beteiligung an den Bewertungsreserven aussehen?

Die Aufsichtsbehörden lassen es zu, dass Versicherer für die Beteiligung an den Bewertungsreserven Rücklagen in Form einer Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven im Schlussüberschussanteilsfonds bilden können. Daraus resultieren der akute Handlungsbedarf und die vorgeschlagene Einschränkung der Beteiligung an den Bewertungsreserven an festverzinslichen Anlagen und Zinsabsicherungsgeschäften.

Der vzbv schlägt stattdessen ein alternatives Modell vor, wie Versicherungsnehmer weiterhin angemessen an den Bewertungsreserven beteiligt werden können, ohne in Kollision mit den Eigenkapitalvorgaben zu geraten: Für die Beteiligung der ausscheidenden Versicherungsnehmer an den Bewertungsreserven im laufenden Geschäftsjahr ist ein eigenständiger „Reservetopf“ ähnlich der Zinszusatzreserve zu bilden, der unmittelbar aus den laufenden Erträgen der Kapitalanlage gespeist wird, jedoch gegenüber der Zinszusatzreserve nachrangig bedient wird. Dieser Reservetopf soll die Auszahlungsverpflichtung des Versicherers für das laufende Geschäftsjahr sicherstellen. Dabei sind die planmäßig fälligen Leistungen etwa bei auslaufenden Kapitallebensversicherungen, aber auch ein kalkulatorischer Anteil vorzeitig beendeter Verträge zu berücksichtigen.

II. Verbrauchergerechte Ausgestaltung der Lebensversicherung

Wie kann die Beteiligung an den Überschüssen verbessert werden?

Die Verteilung der Überschüsse zwischen Versicherungsnehmer und Versicherer ist in der Mindestzuführungsverordnung geregelt. Seit 2008 ist festgelegt, dass das Versicherungskollektiv am Überschuss aus dem Kapitalanlageergebnis (Überzins) zu 90 Prozent zu beteiligen ist. Als Mindestbeteiligung am Risikoergebnis wurden 75 Prozent und am übrigen Ergebnis 50 Prozent festgesetzt.

Auf Grund der Niedrigzinsphase kann es zu einer Reduzierung des Überzinses kommen. Deshalb muss die Beteiligung der Versicherungsnehmer an den Überschüssen aus den anderen Überschussquellen verbessert werden. Die Zuführungsquoten aus den anderen Überschusstöpfen müssen auf 90 Prozent (wie beim Überzins) erhöht werden. Neben der vorgeschlagenen höheren Beteiligung am Risiko-Überschuss muss auch die Mindestzuführung aus dem sonstigen Ergebnis erhöht werden.

Reicht die vorgesehene Deckelung der Abschluss- und Vertriebskosten aus?

Die Konsequenz lautet: Werden die Zinsen gesenkt, müssen auch die Kosten gesenkt werden. Der vzbv begrüßt die vorgesehene Senkung der maximalen Berechnungshöhe für die einmalig kalkulierten Vertragskosten von 40 auf 25 Promille. Damit fällt dieser Kostenblock in etwa auf das Niveau der laufend anfallenden Vertragskosten.

Gleichzeitig muss aber auch die Kostenverteilung angegangen werden. Die heutigen Erwerbsbiographien verlaufen nicht mehr so homogen wie in früheren Jahrzehnten – gebrochene Erwerbsbiographien sind die Regel und nicht die Ausnahme. In der Altersvorsorge wird daher mehr Flexibilität benötigt. Die Produkte müssen sich besser der Lebenswirklichkeit anpassen. Es macht daher keinen Sinn, bei der Kostenberechnung so zu tun, als wenn Verbraucher ihre Verträge bis zum Ende der Vertragslaufzeit durchhalten und immer die gleiche Prämie aufbringen könnten. Eine

gleichmäßige Verteilung der Abschluss- und Vertriebskosten muss als Leitbild gelten und sollte vom vorliegenden Entwurf noch integriert werden.

Wie kann der Verbraucher besser über die Rendite seiner Lebensversicherung informiert werden?

In der Lebensversicherung fehlt es in einem zentralen Punkt an Transparenz. Mit der Angabe, der Garantiezins betrage 1,75 Prozent und die laufende Überschussbeteiligung betrage 3,8 Prozent, kann der Verbraucher wenig anfangen. Denn die Angaben beziehen sich nur auf den Sparanteil der Prämie. Ihm wird aber nicht mitgeteilt, wie hoch dieser Sparanteil ist. Für Verbraucher ist es aber relevant zu erfahren, wie ihre eingezahlten Beiträge tatsächlich und effektiv verzinst werden. Diese Transparenz wird aktuell unterlaufen und verhindert. Der vzbv fordert daher, den Referentenentwurf dahingehend zu erweitern, dass Lebensversicherer künftig die Verzinsung auf den eingezahlten Beitrag (Beitragsrendite) ausweisen müssen.

Reicht die Offenlegung der Abschlussprovisionen aus?

In Zukunft sollen Versicherungsvermittler sämtliche für den Abschluss der Verträge mit dem Versicherungsunternehmen vertraglich vereinbarten Provisionen als Gesamtbetrag in Euro mitteilen und dies dokumentieren. Dies ist ein wesentlicher Schritt zur Offenlegung von Interessenkonflikten beim Verkauf von Lebensversicherungen. Um einen Gleichklang mit dem Verkauf von anderen Anlageprodukten zu erreichen, sollten aber alle Zuwendungen, also Provisionen, Gebühren oder sonstige Geldleistungen sowie alle geldwerten Vorteile, offengelegt werden.

III. Systemwechsel in der Lebensversicherung

Warum ist die Frist für diesen Gesetzgebungsprozess so kurz?

Für den vzbv ist nicht nachvollziehbar, warum von den üblichen Fristen im Gesetzgebungsverfahren so erheblich abgewichen wird. Die Probleme mit den Bewertungsreserven bestehen seit geraumer Zeit. Eine signifikante Veränderung der maßgeblichen Rahmenbedingungen steht in der nächsten Zeit nicht zu befürchten, als dass es nicht möglich wäre, dem Bundesrat aber auch den interessierten Verbänden eine angemessene Frist zur Stellungnahme zuzugestehen.

Welche Aspekte der Neuregelung sollten einer Evaluierung unterzogen werden?

Der Gesetzesentwurf regelt zum Teil gerade in den Verordnungen komplexe versicherungstechnische und versicherungsmathematische Aspekte, deren Folgen gerade unter der kurzen Frist der Rechtsetzung schwer einschätzbar sind. Es ist deshalb unbedingt erforderlich, nach drei Jahren eine erste Evaluierung durchzuführen. Daher ist es wichtig, dass im Gesetzesentwurf eine Evaluationsklausel aufgenommen wird. Dabei sind folgende Fragen zu behandeln:

- Wie wirken sich die Neuregelungen für ausscheidende Versicherungsnehmer aus?
- Wie haben sich die Ausschüttungen an Aktionäre geändert?
- Wie haben sich die Zuführungen zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung verändert?
- Welchen Einfluss hat die Teilkollektivierung auf die Höchstgrenzen für die ungebundene Rückstellung für Beitragsrückerstattung?

Wie kann die Risikoverteilung für den Verbraucher verbessert werden?

Die Risikotragfähigkeit des Versicherers basiert fast ausschließlich auf mit Kundengeldern gebildeten Sicherheitstöpfen. Dies ist gerade vor dem Hintergrund relevant, dass sich der Sicherheitsbedarf der Lebensversicherer aus deren vertraglich zugesagten Garantien und Leistungsversprechen ergibt, sprich der Geschäftspolitik des Versicherers, auf deren Ausrichtung die Versicherungsnehmer aber keinen Einfluss haben. Um die Verteilung des unternehmerischen Risikos angemessener zu gestalten, ist es mittelfristig erforderlich, die Eigenkapitalgeber stärker an der Übernahme von Risiken durch einen Ausbau des Kerneigenkapitals zu beteiligen. Bei riskanteren Geschäftspraktiken müsste zusätzlich mehr Eigenkapital vorgehalten werden.

Wie kann ein neues System für die Beteiligung an den Bewertungsreserven aussehen?

Die Aufsichtsbehörden lassen es zu, dass Versicherer für die Beteiligung an den Bewertungsreserven Rücklagen in Form einer Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven im Schlussüberschussanteilsfonds bilden können. Daraus resultieren der akute Handlungsbedarf und die vorgeschlagene Einschränkung der Beteiligung an den Bewertungsreserven an festverzinslichen Anlagen und Zinsabsicherungsgeschäften. Wir schlagen stattdessen ein alternatives Modell vor, wie Versicherungsnehmer weiterhin angemessen an den Bewertungsreserven beteiligt werden können, ohne in Kollision mit den Eigenkapitalvorgaben zu geraten: Für die Beteiligung der ausscheidenden Versicherungsnehmer an den Bewertungsreserven im laufenden Geschäftsjahr ist ein eigenständiger „Reservetopf“ ähnlich der Zinszusatzreserve zu bilden, der unmittelbar aus den laufenden Erträgen der Kapitalanlage gespeist wird, jedoch gegenüber der Zinszusatzreserve nachrangig bedient wird. Die Bewertungsreserven wären danach nicht mehr aus wichtigen Sicherungspuffern zu bedienen. Dieser Reservetopf soll die Auszahlungsverpflichtung des Versicherers für das laufende Geschäftsjahr sicherstellen. Dabei sind die planmäßig fälligen Leistungen etwa bei auslaufenden Kapitallebensversicherungen, aber auch ein kalkulatorischer Anteil vorzeitig beendeter Verträge zu berücksichtigen.

Stand: 23. Juni 2014